Ausgabe
januar 2015

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Fragen zu Asylbewerbern

Bürgermeister Karsten Knobbe klärt auf

Weltweit sind rund 57 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Not, Hunger und Vertreibung. Niemand flieht gern aus seiner Heimat.



240 Flüchtlinge kamen zum Jahresende nach Hoppegarten, die meisten aus Syrien, Pakistan, Afghanistan, Eritrea, Iran und dem Tschad. Darunter sind 29 Kinder.
Das warf bei Einwohnern Fragen auf, die sie Bürgermeister Karsten Knobbe sandten:

Unter welchem Status (Asylbewerber, geduldete Flüchtlinge) werden die Menschen aufgenommen?
Der konkrete Status wird erst im Laufe des Verfahrens bestimmt, steht also bei allen Eintreffenden nicht von vornherein fest.

Wieso werden die Flüchtlinge aufgenommen, wenn sie über das auch sichere Italien oder aus dem Drittland Libanon kommen und in unserem Gesetz steht, dass ein Bürgerkrieg kein Grund für Asylrecht ist?
Ob jemand aus einem sicheren Drittland kommt muss (erst) im Laufe des Verfahrens festgestellt werden. Über die rechtlichen Rahmenbedingungen entscheidet nicht die Kommune, sondern der Bund.

Umgehen die Flüchtlinge die komplette normale Wartezeit auf ein Visum? Und wie steht es mit dem Gesetz, dass eine Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise beantragt werden muss?
Der Aufenthalt auf der Grundlage eines Visums ist nicht mit dem Asylrecht bzw. der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen vergleichbar. Es handelt sich um völlig unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen.

Wer bestimmt die Anzahl von Asylbewerbern in einer Gemeinde?
Das Land Brandenburg bestimmt für den Landkreis die Anzahl der Aufzunehmenden wie auch die konkreten Aufnahmedaten, welche nicht von der Zustimmung des Landkreises bzw. der Gemeinde abhängen.

Wer hat ausgesucht, welche Flüchtlinge nach Hoppegarten kommen und wer hat sie hierher gebracht?
Der Bund (das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, siehe www.bamf.de) ist für die Verteilung der Aufzunehmenden auf die einzelnen Länder verantwortlich.
In Brandenburg nimmt die Verteilung die Zentrale Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt vor.

Mit welcher Begründung bekommt Hoppegarten 240 Flüchtlinge während weder Neuenhagen, noch Petershagen oder andere umliegende Gemeinden Flüchtlinge bekommen?
Es werden im Landkreis MOL 1000 Flüchtlinge aufgenommen. Wieso werden diese nicht gerecht auf alle Gemeinden verteilt, sondern es landen alleine 25 % in Hoppegarten?
Die Bestimmung der Aufnahmeorte erfolgt nach der Geeignetheit der durch die (i. d. R. privaten) Anbieter vorgeschlagenen Objekte. Solche liegen derzeit auf der Gemarkung der genannten Kommunen nicht vor.

Wieso gab es vorher keine Umfrage? Haben die Bürger bei so einer Sache kein Mitspracherecht?
Die Grundlage für die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen sind bundesrechtliche Regelungen, die eine Mitentscheidung (Abstimmung) der Kommunen und ihrer Bürger nicht vorsehen.
Die Brandenburger Kommunalverfassung enthält in § 15 auch Verfahren zur direkten Beteiligung von Bürgern bei kommunalen Entscheidungen. Die Aufnahme von Flüchtlingen fällt jedoch nicht in die Entscheidungskompetenz der Gemeinde.

Wurden vorhandene Lehrkräfte und Erzieher auf die Ankunft der Flüchtlinge vorbereitet oder wurden sie genauso ins kalte Wasser gestoßen wie alle anderen Bürger?
Die Vorbereitung der Lehrer und Erzieher ist durch das Landesschulamt bzw. den Landkreis zu organisieren.

Wer bezahlt die zusätzlichen Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter, und wann kommen diese an?
Wenn zusätzliche Lehrer notwendig werden sollten, werden die Kosten – wie auch bei den Sozialpädagogen – vom Landkreis getragen. Auch die Kita-Gebühren übernimmt der Landkreis für die Kinder, die dann in unsere Kitas gehen werden.

Wie lange dient das Hotel in Hoppegarten als Unterkunft und gibt es eine Möglichkeit, einen Teil der Flüchtlinge doch noch in z. B. Neuenhagen, Petershagen und anderen Orten im Umkreis unterzubringen, um die Ballung an einer Stelle zu verhindern?
Die Dauer der Nutzung des Hotels als Gemeinschaftsunterkunft ist derzeit nicht absehbar, da sie sowohl von bundesrechtlichen Regelungen als auch z. B. vom Weiterbestehen der politischen Lage in den Herkunftsländern abhängt. Eine Unterbringung an anderen Orten hängt davon ab, ob geeignete Gebäude durch die jeweiligen Eigentümer zur Verfügung gestellt werden können.

Was passiert, wenn dieselben Zustände losgehen wie in Bautzen und das Hotel fast täglich von demonstrierenden Rechts- →



Fortsetzung von S. 1

radikalen oder der NPD belagert wird?
Die Frage der Gewährung der Sicherheit der Flüchtlinge ist eine Aufgabe in erster Linie der Polizei in Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

Woher sollen die Pädagogen kommen, um denen deutsch zu lehren?
Es gibt bereits mehrere freiwillige Angebote von nicht mehr aktiven Pädagogen für den Deutschunterricht, welcher auch bereits begonnen hat.

Woher soll die Arbeit kommen? Wer einmal hergeholt wurde, geht nicht mehr!
Nach Ablauf von 15 Monaten besteht grundsätzlich die Möglichkeit zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis, allerdings nur für Arbeiten, für die keine deutschen bzw. EU-Arbeitnehmer (sog. bevorrechtigte Arbeitnehmer) zur Verfügung stehen.

Was ist mit der Sicherheit der Bürger und vor allem unserer Kinder, die dort in unmittelbarer Nähe zur Schule/Hort oder Kita gehen?
Wie der Leiter der Polizeiinspektion MOL, Polizeidirektor Brandau, auf der Einwohnerversammlung am 9. Dezember 2014 berichtete, gibt es auch im Umfeld der bereits bestehenden Flüchtlingsunterkünfte keinen Anstieg der Kriminalität.

Wie reagiert die Gemeinde, falls sich unter den Flüchtlingen jemand nicht benehmen kann und es zu Übergriffen kommt?
Wir werden die eingesetzten Sozialpädagogen wie auch die Polizei informieren, wenn es zu Vorkommnissen kommen sollte.

Ich würde gern wissen, was uns der Spaß kostet und von welchen Geldern es finanziert wird.
Die Kosten übernimmt der Landkreis, der auch entsprechende Mittel des Bundes bzw. des Landes erhält.

Warum wird nicht von Anfang an Sicherheitspersonal vor bzw. im Hotel bereitgestellt?
Sicherheitspersonal ist vor Ort.

Wieso waren die Flüchtlinge am ersten Tag bereits alleine in der Gemeinde unterwegs? Es sollte doch Betreuer geben.
Betreuer waren und sind vor Ort. Sofern Flüchtlinge eine Begleitung wünschen, wird diese von den Betreuern organisiert.

Dürfen die Flüchtlinge sich in der Gemeinde jederzeit alleine bewegen?
Die Flüchtlinge dürfen sich wie jeder andere in- und ausländische Bürger frei bewegen; für die ersten drei Monate des Verfahrens besteht allerdings Residenzpflicht in Berlin und Brandenburg.

Wer beaufsichtigt die Flüchtlinge im Hotel und wie viele Sozialarbeiter sind dort dauerhaft vor Ort?
Die Flüchtlinge werden von Sozialpädagogen betreut, von denen sich durchschnittlich 1 – 2 im Hotel aufhalten.

Wie viel Geld bekommen die Flüchtlinge nun wirklich pro Person pro Tag in die Hand?
Mit Urteil vom 18. Juli 2012 (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11) hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sich an dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 ExisAbs. 1 GG orientieren müssen.
Danach ist ab dem 1. Januar 2011 die Höhe der Geldleistungen auch im Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes entsprechend den Grundlagen der Regelungen für den Bereich des Zweiten und Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches zu berechnen. Die Leistungen sind daher identisch mit ALG II (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld).

Werden die Flüchtlinge für immer in Hoppegarten bleiben?
Wenn Personen einen vorübergehenden oder dauerhaften Aufenthaltsstatus nach Abschluss des Verfahrens bekommen, sind diese frei in der Bestimmung ihres Wohnortes. Die meisten werden nach den bisherigen Erfahrungen jedoch nicht in Hoppegarten bleiben.

Wie sieht der Tagesplan der Flüchtlinge aus? Was machen Sie den ganzen Tag?
Dies sollte beim noch zu organisierenden Tag der offenen Tür in Erfahrung gebracht werden. Derzeit laufen sowohl Gespräche im Rahmen der Aufnahmeverfahren als auch des Deutschunterrichts.

Können die Flüchtlinge bereits deutsch?
Einige von ihnen können deutsch. Die meisten von ihnen sind derzeit dabei, deutsch zu lernen.

Linkes Adventsfenster in Letschin

Am Jahresende beteiligte sich der Letschiner Ortsverband DIE LINKE wieder am traditionellen Adventskalender des örtlichen Unternehmerstammtisches. Dabei wurden Spenden für verschiedene soziale Projekte in der Gemeinde gesammelt. Über 1700 Euro kamen u. a. für die Kienitzer und Letschiner Nachwuchsfußballer zusammen.
Angesichts der vielen militärischen Konflikte in der Welt, an denen auch Deutschland beteiligt ist, hatte die Letschiner LINKE den Abend unter das Thema „Frieden für alle Menschen“gestellt.

Bei zahlreichen Gesprächen am Lagerfeuer mit unserer Kreisvorsitzenden Bettina Fortunato und Besuchern, sogar aus Berlin und Barnim, wurde immer wieder unterstrichen, dass deutsche Waffen und Soldaten nichts im Ausland und schon gar nichts in Krisengebieten verloren haben. Auch über die „PEGIDA“-Aktionen wurde diskutiert. Sie seien ein gewolltes Ablenkungsmanöver von den wirklichen Ursachen der Probleme der Menschen wie Sozial- und Demokratieabbau in Deutschland und Europa.

Stephan Schoenemann

Marktgerechte Demokratie oder demokratischer Markt?

Buchvorstellung und Diskussion mit Dieter Walter

Im Zusammenhang mit der Debatte zu den Folgen des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU TTIP wurde der Stadtverband Strausberg angefragt, das neue Buch des VSA Verlag „Plan – Markt – Demokratie“ von Dieter Walter vorzustellen.

Diese Buchvorstellung haben wir als Chance genutzt, um uns generell der Frage zum Verhältnis zwischen Plan und Markt zu nähern und wirtschaftsdemokratische Denkmodelle anhand der konkreten Erfahrungen des Autoren zu bearbeiten, die er aus seiner Tätigkeit für die staatliche Plankommission der ehemaligen DDR zu berichten wusste.

Die Schwierigkeit der Debatte beschrieb Dieter Walter wie folgt: Es handelt sich dabei um einen anspruchsvollen Balanceakt zwischen „Alternativen zum gegenwärtigen Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus suchen, aus den damaligen Versuchen einer Demokratisierung des zentralistischen Wirtschaftssystems lernen, aber Nostalgie zu alten zentralistischen Sackgassen vermeiden“.

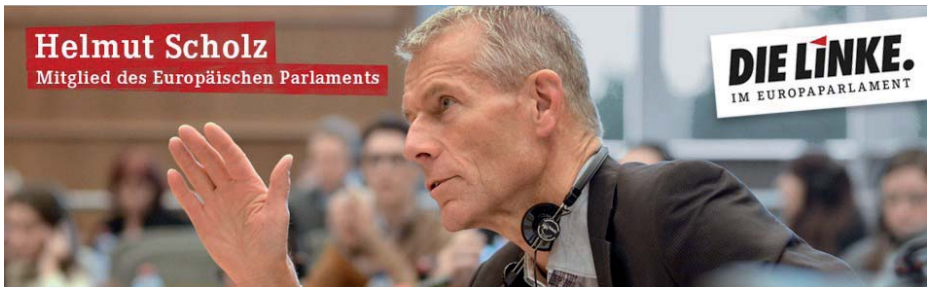
Ebenso interessant waren seine Beschreibungen über die inneren Widersprüche der Planungsstäbe. Die Erkenntnis, dass eine Gesellschaft, die produktiver sein will als in der Vergangenheit, Potentiale der Einzelnen auf allen Ebenen freisetzen muss, war auch den sozialistischen Theoretikern klar.

So schrieb Behrens bereits Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre: „Ein zentraler Plan [ist] immer Hauptkriterium einer sozialistischen Wirtschaft … sie ist immer Planwirtschaft. Die Frage ist nur, wie der zentrale Plan zustande kommt und durchgeführt wird. Als sozialistischer Plan muss er demokratisch aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden. Er muss Spiegelbild einer Gesellschaft sein, die auf sozialistischer Demokratie, d. h. als Selbstverwaltung der Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Produzenten beruht, somit weder die hierarchische Struktur einer Klassengesellschaft noch ihre elitären Bedürfnisse widerspiegelt.“

Diese Aufgabe, eine Gesellschaft zu befördern, in der die Menschen die Wirtschaft demokratisch „aufstellen, durchführen und kontrollieren“ bleibt beim Blick auf das Gesicht der heutigen Welt unverändert aktuell. Deshalb und weil es für alle Beteiligten ein außerordentlich angenehmer Abend war, wird die Debatte im 1. Quartal 2015 fortgesetzt.

Ronny Kühn

TTIP gefährdet Errungenschaften unserer Gesellschaft



Über eine Million Menschen stehen mit ihrem Namen gegen TTIP. Das ist lebendige Demokratie. Es lohnt sich dran zu bleiben. Schließlich werde Politik von Menschen gemacht. Also müsse es auch möglich sein, sie von Menschen zu verändern.

Das unterstrich der Europaabgeordnete der LINKEN, **Helmut Scholz**, bei einer Veranstaltung auf Einladung der Sprecherin für Europapolitik der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser, im Januar in Strausberg.
Scholz bezog sich dabei auf die erfolgreiche Unterschriftensammlung, die die Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ am 9. Dezember 2014 dem EU-Kommissionspräsident Juncker überreicht hatte. An einem solchen massiven Druck könne auch die EU-Kommission nicht vorbeikommen. Sie führt Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA, sagte er.
DIE LINKE. im Europäischen Parlament fordert einen Stopp dieser Verhandlungen. Das CETA-Abkommen mit Kanada dürfe nicht ratifiziert werden.
Helmut Scholz mahnte nachdrücklich, die Abkommen drohen, Demokratie, Rechtsstaat und Rechte von Beschäftigten auszuhebeln. Umwelt- und Verbraucherstandards, aber auch die staatliche Förderung von Kultur und Bildung sollen als „Handelshemmnisse“ abgebaut werden. Profitieren werden dabei vor allem große Konzerne, die Mehrheit verliert.

Erweiterte Marktzugänge und gemeinsame Marktregularien für mehr Profite

Es gehe um grundlegende Fragen: Wie wollen wir künftig produzieren, wie konsumieren, wie wollen wir in Zukunft leben? Welches Essen kommt auf unseren Tisch, welche Chemikalien umgeben uns, welche Form von Landwirtschaft wollen wir, was dürfen unsere Kommunen entscheiden, wie funktionieren unsere Demokratien?
EU und USA wollen erweiterte Marktzugänge zum Beispiel für Finanzdienstleister, Investoren und den Agrarsektor. Sie streben nach größerer regulativer Zusammenarbeit und einer intensiven Verschränkung des europäischen und des amerikanischen Marktes. So soll die US-Regierung künftig bereits in der Planungsphase an europäischen Gesetzen mitschreiben – beraten übrigens von Konzernen. Das kann den Datenschutz betreffen, die Zulassung von Saatgut, Chemikalien und Medikamenten. Genannt werde das “Regulatorische Kooperation“. Die Lobbyisten nehmen Einfluss auf Gesetzesentwürfe, schon bevor gewählte Parlamente diese behandelt haben.
Mit TTIP soll erlaubt werden, was bisher in der EU aus gutem Grund abgelehnt wird: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch und die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien, das sogenannte Fracking. Gegen europäische Arbeits- und Gewerkschaftsrechte und Mindestlöhne könnten US-Konzerne klagen, europäische Pharma-Unternehmen strengere Regeln bei Medikamenten und das EU-Verbot von Tierversuchen umgehen.

Keine private Parallel-Justiz zulassen

Der Europaabgeordnete alarmierte: „Der Plan, Konzernen ein Klagerecht vor Sondertribunalen gegen Regierungen zu geben, wenn Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetze die Profiterwartungen verringern, gefährdet unsere Demokratie und viele Errungenschaften unserer Gesellschaften. Wir wollen weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern. Wir wollen hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in der EU und in den USA. Wir wollen Unternehmen für Verstöße gegen diese Standards weiter zur Rechenschaft ziehen können.“

Renate Adolph

Unsere Abgeordnete im Landtag



Kerstin, Du hast zum vierten Mal erfolgreich für die LINKE ein Direktmandat als Abgeordnete im Landtag Brandenburg erreicht. Dazu herzlichen Glückwünsch!

**Du bist die einzige Vertreterin der LINKEN aus MOL im Landtag.
Was hast Du Dir für die kommenden fünf Jahre speziell mit Blick auf unseren Landkreis vorgenommen?**
Der Dank für den vierten Wahlkreisgewinn in Folge geht zuerst an DIE LINKE. vor Ort. Gemeinsam setzen wir Schwerpunkte: Kindertagesstätten und inclusive Bildung, Investitionen in soziale und kommunale Infrastruktur, mehr Demokratie und Kommunalreform. Außerdem: Wie geht Friedenspolitik an einem Bundeswehrstandort? Es gilt, Inhalt und Spielräume des Koalitionsvertrages von Rot-Rot in Brandenburg gut zu nutzen. Nach diesem Wahlergebnis ist aber klar: Wir LINKEN dürfen nicht nur in der Umsetzung von Regierungspolitik und Parlamentsarbeit aufgehen. MinisterInnen und Abgeordnete sind nur so gut und stark, wie wir als lebendige soziale Partei im Alltag. Dazu braucht es öffentlichen Meinungsstreit um politische Konzepte und Lösungen genauso wie solidarisches Handeln auf der Suche nach Mehrheiten. Meine Kraft und Erfahrungen will ich genau da einbringen.

Viele Flüchtlinge haben in den zurückliegenden Wochen Aufnahme in Märkisch-Oderland gefunden. Wie können sich Mitglieder unserer Partei einbringen, um sie willkommen zu heißen?
Großen Respekt und Dank verdienen all diejenigen von uns, die das ja seit vielen Jahren tun. Ob als Freunde, in direkter Alltagshilfe für Flüchtlinge und Asylbewerber, in antirassistischen Initiativen und/oder als kommunale Abgeordnete. Wir gemeinsam müssen jetzt unser Netzwerk noch enger knüpfen, um damit öffentlich wahrnehmbar zu werden und so die linken BürgermeisterInnen, unseren stellvertretenden Landrat bis hin zur Sozialministerin zu unterstützen. Rot-Rot steht hier klar für solidarische, humane Politik. Wir vor Ort können konkret helfen, müssen aber auch offensiv gegen die wieder angefachte rassistische Stimmungsmache in der Gesellschaft auftreten und dafür viel mehr MitstreiterInnen gewinnen. Ja, das erfordert Mut und Courage. Die werden wir 2015 alle brauchen.

**In der Fraktion bist Du für Europa die Ansprechpartnerin.
Welche Schwerpunkte setzt Du hier?**
Das Bild von EU-Europa ist nicht zu Unrecht davon geprägt, dass Regierungen und Verwaltungsbürokratie übermächtig sind. Länder und Kommunen müssen ihre politische Mitsprache nicht nur praktizieren und sichern, sondern ausbauen. Ich möchte die Chance nutzen, als Vorsitzende des →

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Do. 10–14 Uhr
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Kerstin Kaiser (MdL)
15344 Strausberg
Große Straße 45
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Mo.–Do. 9–16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 –12 Uhr

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
e-mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Mi. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96
E-Mail : impulse@dielinke-mol.de
Redaktion : Renate Adolph
Layout u. Satz : Fortunato Werbung
www.fortunato-werbung.de
Fotos/ Grafik : DIE LINKE. MOL, privat

Fortsetzung von S. 3

Ausschusses für Europa-, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz Fragen auf die Tagesordnung und in die Öffentlichkeit zu holen, die unsere sozialen und demokratischen Grundrechte im Alltag betreffen und praktisches Handeln unterstützen. Zum Beispiel die Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada: Landtagsbeschluss und Landesregierung kritisieren TTIP und CETA auch, weil sie soziale, rechtsstaatliche und demokratische Errungenschaften bedrohen. Wir als Partei unterstützen jetzt intensiv die Europäische Bürgerinitiative. Bitte unbedingt weiter Unterschriften sammeln! Am 9. Januar kam unser Europaabgeordneter Helmut Scholz nach Strausberg, um über TTIP zu informieren und mit uns Protestmöglichkeiten und Alternativen zu besprechen.

Das Gespräch führte Renate Adolph

10 Jahre Jobcenter Märkisch-Oderland

Aus der Sicht eines linken Beigeordneten

Grundsätzlich sei festgestellt, dass wir als Linke das gesamte Hartz-IV-System ablehnen. Die Ironie besteht darin, dass linke Beigeordnete, so wie ich, dieses gesetzlich verankerte System mit umsetzen müssen. Allein diese Tatsache zeigt, dass wir nicht, wie auf einem Dresdner Parteitag einst postuliert, vor Ort sozialistische Kommunalpolitik machen können. Aber eine linke Kommunalpolitik, die ist zu leisten! Im konkreten Fall bedeutet das, weiter auf die Abschaffung des Systems hinzuwirken und gleichzeitig seine schlimmsten Auswirkungen zu mildern bzw. es zu nutzen, z. B. für die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben.



Hartz IV bedeutet Niedriglohnsektor

Das Hartz-IV-System hat, um zunächst bei einem Punkt zu bleiben, zu einem Niedriglohnsektor geführt. Viele Menschen können von dem Lohn, den sie erhalten, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten und müssen beim Jobcenter ergänzende Leistungen beantragen. Im Jobcenter Märkisch-Oderland (JC MOL) erhalten ein Drittel der Arbeitslosen ergänzende Leistungen. Natürlich sind auch Menschen dabei, die sich aus unterschiedlichen Gründen etwas hinzuverdienen. Jedoch ist die Zahl derer, die Vollzeit arbeiten und deren Geld zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, nicht gering. Anders gesagt, der Staat hat hier ein System installiert, mit dem nicht wenige Arbeitgeber einen Teil der Lohnkosten von vornherein der Allgemeinheit überhelfen und viele Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, zu Bittstellern beim JC machen. Dem hat sich DIE LINKE. mit der Mindestlohndebatte entgegengestellt.

Das Beispiel zeigt, auch aus der Opposition können auf Bundesebene gesellschaftliche Themen auf die Bahn gebracht werden. Was wurden wir am Anfang verlacht und nicht ernst genommen! Aber ab 1. Januar 2015 gibt es nun einen, wenn auch noch nicht vollkommenen, Mindestlohn. So lange wollte ich jedoch nicht warten. Für das JC MOL habe ich 2012 in der Trägerversammlung vorgeschlagen, die Arbeitsverträge von Arbeitslosen mit ergänzenden Leistungen auf Ortsüblichkeit zu prüfen. Das führte dazu, dass Arbeitgeber freiwillig die Entlohnung erhöht haben oder dass das JC gegen sittenwidrige Löhne prozessiert. Damit wurden nicht alle Probleme gelöst, aber Zeichen gesetzt. Ab 2015 erfolgt die Prüfung jetzt nach Einhaltung des Mindestlohns.

Eingliederung vom Bund gekürzt

Ein anderes Problem ist die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben. Hier wird die Situation schwieriger. Alle, die mit geringem Aufwand vermittelt werden konnten, sind in Arbeit. Für die jetzigen Arbeitslosen muss ein höherer Aufwand für eine Wiedereingliederung ins Arbeitsleben betrieben werden. Jedoch hat der Bund seine Mittel für den Eingliederungstitel (EGT) z. B. für das JC MOL von 2010 27 Mio € auf 2013 14 Mio € gekürzt. Die Begründung des Bundes ist, dass die Zahl der Arbeitslosen gesunken sei. Das ist zwar richtig, jedoch sank sie nicht in dieser Zeit auf die Hälfte und zudem gibt es die eben beschriebenen schwierigeren Bedingungen.

Dennoch versucht das JC zweckmäßige Maßnahmen zu organisieren.

So wurden in den letzten Jahren ErzieherInnen für Kitas in Zweijahreskursen ausgebildet. Dazu wurden Arbeitslose Interessenten mit abgeschlossenem Beruf und Lebenserfahrung nach einer Eignungsprüfung entsandt. Fast alle haben den Abschluss geschafft und wurden – viele davon in den Landkreis – zu fast 100 % vermittelt.

Eine andere Methode ist die enge Zusammenarbeit mit Betrieben in Maßnahmen für die Arbeitslosen von Beginn an. Hier tritt oft eine Wechselwirkung von Interessen der Betriebe und Motivation der Arbeitslosen ein. Das führt mittelfristig zu deutlich besseren Vermittlungsergebnissen.

Nicht zuletzt steuert das JC Mitte jedes Jahres finanziell um. Wenn nicht ausreichend Maßnahmen für den 1. Arbeitsmarkt möglich sind, werden Gelder in den 2. Arbeitsmarkt umgeleitet. Damit können die deutlich gekürzten Mittel des Bundes bis zum Limit zweckmäßig verwendet werden. Das JC MOL ist eines der wenigen, das den EGT jährlich mit 95 % und mehr auslastet.

Grundsätzliche Änderungen notwendig

Die hier dargestellten Verfahren sind nur möglich, weil es eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur Frankfurt(Oder) und Landkreis MOL als Träger des JC MOL gibt. Trotzdem bleibt die Bilanz ambivalent. Einerseits ist es eine Tatsache, dass der Umgang mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen grundsätzlich anders gestaltet werden muss. Andererseits gibt es vor Ort durch zweckmäßiges Handeln auch Erfolge bei der Wiedereingliederung bzw. der Betreuung von Arbeitslosen.

Lutz Amsel